

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 6.50 M., monatlich 2.20 M., durch die Post vierteljährlich 6.60 M. (ohne Postgebühren). Einzelne Nr. 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Sieke.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschreibweise 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Nekrolog u. Eingekant die Seite 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Walter Sieke, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 134

Bad Schandau, Freitag, den 11. Juni 1920

64. Jahrgang

## Für eilige Leser.

- Reichspräsident Ebert hat 62 im Bereiche des Reichswehrkommandos Minister gegen die Unruhegehalte gefällte Kriegsermächtigende Urteile im Gnadenwege aufgehoben.
- Die Herabsetzung der deutschen Reichswehr auf 200 000 Mann ist beendet.
- Als zweiter deutschnationaler Abgeordneter im Wahlkreis Potsdam II ist Graf v. Westarp gewählt worden.
- Die Neuwahlen in Preußen werden voraussichtlich erst im Winter erfolgen.
- Die englischen Truppen haben sich aus Nordpersien nach Bagdad zurückziehen müssen.

## Wahl und Wirtschaftsleben.

Die Wahlen, die jetzt hinter uns liegen, waren ja eigentlich eine „hochpolitische“ Angelegenheit. Schon in früheren Zeiten aber liefen so viele Fäden von der Politik zum Wirtschaftsleben und umgekehrt, daß politische Veränderungen sich auch wirtschaftlich auswirkten, schwerer wiegende wirtschaftliche nie ohne Einfluß auf die Politik blieben. Nach der einen Richtung braucht man ja nur an die Tatsache zu erinnern, daß bei den Präsidentschaftswahlen in Amerika stets die Partei gescheitert wird, unter deren Regierung ein wirtschaftlicher Niedergang sich bemerkbar machte; nach der anderen Seite seien die wirtschaftlichen Folgerungen erwähnt, die Bismarck in den 30er Jahren aus der Zuspitzung der Beziehungen zu Rußland zog. Nun ist aber die Politik, wenigstens die deutsche, zurzeit fast ausschließlich wirtschaftlich ausgerichtet. Man darf sich also mit Zug die Frage vorlegen, ob die letzten Wahlen wirtschaftliche Folgen haben werden und welche dies sein könnten.

Zuerst wird man dabei feststellen müssen, daß die Wahlen selbst eine wirtschaftliche Folge darstellen: denn ihr Ergebnis ist zum großen Teil nur aus der Enttäuschung zu erklären, daß es der regierenden Koalition nicht möglich gewesen ist, in einem knappen Jahre aus dem Zusammenbruch durch den verlorenen Krieg die sieben letzten Jahre von einst wieder hervorzuzaubern. Schon die Feststellung dieser Tatsache zeigt ja, wie eng gerade hier und heute die berührten Zusammenhänge sind; es ist also zweifellos, daß das Wahlergebnis selbst nicht ohne wirtschaftliche Wirkungen bleiben kann. Will man diese feststellen, so wird man sich naturgemäß zunächst nach dem derzeitigen wirtschaftlichen Erdbodenmesser umsehen müssen, nach den Devisenkursen, nach der Bewertung unserer Forderungen an das Ausland und umgekehrt. Die Devisenkurse waren bereits kurz vor der Wahl in eine eigentümliche Unrast verfallen, die wirtschaftlich und marktmäßig nicht restlos zu erklären war, sondern größtenteils eben auf Bedenken wegen politischer Schwerpunktverlagerungen zurückzuführen. Am Montag, als das Ausland nur die Tatsache des putschlosen Verlaufes der Wahlen kannte, zeigte der Markkurs große Stetigkeit und eine kleine Erholung. Seitdem sich aber die Wahlergebnisse übersehen lassen, neigt er deutlich abwärts, vor allem aber hat die Unsicherheit an den Märkten wesentlich zugenommen.

Nun ist aber der Devisenkurs keineswegs ein bloßer Beleg, sondern seine Veränderungen führen unmittelbar zu wirtschaftlichen Wirkungen, die Art, wie er sich jetzt bewegt, zu einer Vergrößerung des an sich nicht gerade kleinen wirtschaftlichen Unbehagens. Denn es ist ja oft darauf hingewiesen worden, daß Stetigkeit des Devisenkurses eine unbedingte Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens ist und daß auf der anderen Seite zusammenhangs- und richtungslose Zuckungen wirtschaftlich beinahe noch verderblicher sind als langanhaltende Veränderungen des Marktwertes nach einer Richtung.

Beeinflusst so die zunächst kaum überwindbare politische Unsicherheit mittelbar — über die Schwankungen des Marktwertes — das Wirtschaftsleben ungünstig, so sind die unmittelbaren Wirkungen auch nicht zu unterschätzen. Unter der Herrschaft der Koalition hatten immer weitere Kreise von Arbeitgebern auf der einen, Arbeitnehmern auf der anderen Seite versucht, und erfreulicherweise mit wachsendem Erfolg versucht, scheidlich-friedlich miteinander auszukommen. Nachdem die Wahlen gezeigt haben, daß auf beiden Flügeln die schärfere Tonart an Anhängern stark zugenommen hat, ist zu befürchten, daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer auch im Wirtschaftsleben größere Neigung zur Widerborftigkeit zeigen: das ist um so bedenklicher, als die an sich ziemlich kräftigen Ansätze zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage aus sich heraus schon zu einer Verschärfung etwaiger Lohnkämpfe führen müssen. Und schließlich wird man auch die Erschwerung nicht gering einschätzen dürfen, die die Gestaltung der politischen Lage durch die Wahlen für unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland bedeutet. Gewiß, die übrige Welt kann zum Wiederaufbau die deutsche Arbeitskraft und Tüchtigkeit nicht entbehren; sie fühlt sich aber — ob mit Recht oder Unrecht, ist in diesem Zusammenhang gleichgültig — als der in erster Reihe Gebende und gerade die wirtschaftlich führenden Kreise des Auslandes stehen den Verhältnissen, wie sie die Wahlen geschaffen haben, mit merkbarem Unbehagen gegenüber. Endlich müssen auch die Möglichkeiten wenigstens erwähnt werden, die der feststehende Ausfall der Wahlen für den Wirtschaftskörper des deutschen Reiches als solchen unter Umständen haben könnte. Denn

sie zeigen eine Stärkung auflösender Neigungen und besonders eine nahezu bedenkliche Steigerung der Sonderbündelei. Wenn man auch vielleicht hoffen darf, daß aus diesen Möglichkeiten niemals Wirklichkeiten werden, so wird man ihren Einfluß auf die Köpfe (und diese bestimmen ja schließlich durch die Handlungen ihrer Träger die Wirtschaftslage) nicht völlig vernachlässigen dürfen.

Daß die Wahlen durch die unklare Lage, die sie geschaffen, politisch eine Erschütterung des Reiches bedeuten, ist unbestreitbar. Sie bedeuten aus dem gleichen Grunde auch wirtschaftlich eine solche; sie liegt allerdings hier verhältnismäßig mehr im Möglichen als in bereits greifbaren Tatsachen. Wahrscheinlich werden Wochen, vielleicht Monate vergehen, ehe sich entscheiden läßt, ob der Gesundungsprozeß der deutschen Wirtschaft, den die letzten Monate einleiteten, sich unter der Oberfläche auch nach den Wahlen fortgesetzt hat, oder ob die offensichtliche Unterbrechung, die die letzten Wochen brachten, eine vorläufige Beendigung des Heilungsprozesses vorantreibt. *Leonhard Hagebuecher.*

## Auf dem Wege zum Bürgerblock.

Berlin, 11. Juni. Nach den Mitteilungen der Berliner Presse beginnt sich die Situation insofern zu klären, als die Ausflüchte für eine bürgerliche Koalition sich mehreren. So schreibt die „Freiheit“ unter der Ueberschrift „Auf dem Wege zum Bürgerblock“: Die Regierungskrise ist in den letzten 24 Stunden ihrer Lösung nicht näher gekommen. Nur insofern ist eine gewisse Klärung geschaffen, als sich einige führende Rechtssozialisten, wie besonders Philipp Scheidemann und Paul Hirsch, recht entschieden gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen haben. Wir möchten nicht unbedingt die Hand dafür ins Feuer legen, daß die Gesamtpartei sich unter allen Umständen diesem Standpunkt anschließen wird. Aber immerhin spricht eine große Wahrscheinlichkeit für die Ablehnung. Die Parteiblätter der Unabhängigen im Reich treten für die Beibehaltung ihrer alten Taktik ein, die jede Verbindung in einer Koalition mit dem Bürgertum außerhalb des Bereichs der politischen Möglichkeiten stellt.

Am Sonntag tritt in Berlin eine sozialdemokratische Parteikonferenz zusammen. Die „Sozial. Korresp.“ kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Mehrheitssozialdemokraten unzuverlässig unter der besonderen Ungunst der Verhältnisse im Wahlkampf gelitten haben. Sie sagt: „Die Koalitionsregierung darf auch jetzt noch mit Stolz auf ihr Werk zurückblicken. Aber das deutsche Volk verglich die Zustände ihrer Regierungszeit sinn- und gedankenlos mit den Verhältnissen vor dem Krieg, und der hungrige Magen war stärker als die denkende Vernunft. Die Rechtsregierung, die jetzt kommen muß, wird tausend hoffnungsvolle Keime zertreten, die nachher mit vieler Mühe wieder gepflanzt werden müssen. Die Demagogie der Rechtsparteien übersteigt so sehr jedes Maß von Verstand und Anstand, daß wir schon um deswillen jede Gemeinschaft mit ihnen ablehnen müssen. Sie sollen jetzt regieren, um daraus zu lernen, daß im parlamentarischen Staat auch die Opposition Maßhalten und Verantwortungsgesühl besitzen muß.“

Gestern nachmittag trat der Vorstand der demokratischen Partei zusammen. In dieser Sitzung wurden keine bindenden Beschlüsse gefaßt. In diesen Tagen werden die nicht in Berlin wohnenden Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion in Berlin erwartet. Diese wird dann sofort voraussichtlich am Dienstag nächster Woche mit ihren Beratungen beginnen. Wie die übrigen Parteien verfolgen auch die Demokraten die Taktik des Abwartens. Bei den süddeutschen Vertretern machte sich die Richtung stark bemerkbar, die auf ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien abzielt. Auch das Zentrum hat zur Lage noch nicht offiziell Stellung genommen; die Entscheidung darüber wird jedoch gleichfalls in den nächsten Tagen erfolgen. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion wird am Montagnachmittag 3 Uhr zur ersten offiziellen Sitzung zusammenzutreten, um sich mit der Lage zu beschäftigen. Nach einer parteioffiziösen Mitteilung würde die Deutschnationalen Volkspartei bereit sein, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für praktische Wiederaufbauarbeit finden läßt.

## Keine neue Kandidatur Eberts.

Berlin, 11. Juni. Wie der Lok.-Anz. von unterrichteter Seite hört, beabsichtigt Reichspräsident Ebert nicht von neuem für die Präsidentschaft zu kandidieren. Herr Ebert soll besonders dadurch zu seinem Entschluß gekommen sein, daß er innerhalb seiner Partei gewisse Widerstände gegen seine Person findet. Er empfindet sie als ungerechtfertigt, weil seine Kritiker anscheinend übersehen, daß er als Reichspräsident keinen Parteiinteressen, sondern den Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes zu dienen hätte.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

• **Das 200 000-Mann-Heer.** Die Durchführung der Verminderung des deutschen Heeres auf den Stand von 200 000 Mann ist beendet. Von jetzt ab liegen in der rechtsrheinischen 50-Kilometer-Zone entsprechend den Bedingungen des Versailler Friedensvertrages nur noch zehn Bataillone, fünf Schwadronen und eine Batterie in Garnison.

• **Neuwahlen in Preußen erst im Winter.** In politischen und parlamentarischen Kreisen Preußens war bis vor kurzem vielfach die Ansicht vertreten worden, bald nach den Reichstagswahlen müsse auch die verfassunggebende preußische Landesversammlung sich selbst auflösen, um einem neugewählten Landtage Platz zu machen, auch wenn das Verfassungswerk bis dahin noch nicht abgeschlossen sein sollte. Wie verlautet, ist man neuerdings von diesem Gedanken wieder abgekommen, vertritt vielmehr den Standpunkt, daß die verfassunggebende Landesversammlung die Verfassung unter allen Umständen, freilich auch mit möglicher Beschleunigung, verabschieden müsse. Die Neuwahlen in Preußen sind also keinesfalls vor dem Winter zu erwarten.

• **Zu dem Raub der Monchauer Eisenbahn zugunsten Belgiens** schreibt Haas amlich: Zu dem Beschluß der Vorkonferenz, betreffend die Eisenbahnen von Monchau, ist zu bemerken, daß nach dieser Entscheidung des Rates die Bewohner von Monchau bei Deutschland verbleiben und daß die Kritik der Deutschen hinsichtlich der Volksabstimmung in Eupen und Malmedy abgelehnt wird.

• **Die Grenze gegen Dänemark.** Wie verlautet, hat sich die Reichsregierung bei der Kürze der gegebenen Frist außerstande gesehen, zu dem Vertragentwurf über Nord-Schleswig bis zum 10. d. Mts. endgültig Stellung zu nehmen, und hat deshalb beim Großen Rat in Paris um Fristverlängerung bis zum 20. Juni gebeten.

• **Zu Erzbergers Wiederwahl.** Der Streit um Erzberger war Gegenstand einer Besprechung in der Stuttgarter Zentrumspartei. Dabei führte Ministerialrat Bucher u. a. aus: „Es ist bedauerlich, wie in der Zentrumspartei der persönliche Gegensatz gegen Erzberger eine so große Bedeutung hat annehmen können. Nachdem die Wähler sich für Erzberger entschieden haben, darf nicht mehr gegen ihn Stellung genommen werden, und die anderen haben zu schweigen und sich zu fügen. Wir haben doch auch den Bayern oder Rheinländern nicht vorgeschrieben, wen sie wählen dürfen. Wer will uns Schwaben vorschreiben, wem wir unser Vertrauen schenken! Wenn wir Erzberger wählen, dann ist der Fall erledigt, dann muß die Fraktion ihn aufnehmen.“

• **Die Landtagswahlen in Anhalt** brachten folgende Mandatsverteilung für die einzelnen Parteien: Unabhängige 6 (+6), Sozialdemokraten 13 (-9), Demokraten 6 (-6), Deutschnationalen 6 (+4), Deutsche Volkspartei 5 (+5).

• **Wieder ein französischer Übergriff.** In Oepeln versuchten vier Franzosen, eine Hochseilgesellschaft auf der Vorkonferenz zu bilden, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Oder entstand in dem Boot zwischen den Franzosen und dem Führer und seinen zwei Söhnen ein Sandgemenge, das angeblich durch Gemechfeuer von dem am Ufer stehenden Franzosen verursacht wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrunken ist.

### Großbritannien.

• **In Erwartung der deutschen Zepeline.** Im englischen Unterhause sagte Churchill in Erwiderung auf eine Anfrage, die Auslieferung des deutschen Luftschiffes „Z 71“ sei in den nächsten Wochen zu erwarten. Das Luftschiff werde zunächst in Fulham (Worfolk) stationiert. Man hoffe durch seine Probefahrten wertvolle Erfahrungen zu machen. Ein zweites Luftschiff werde in den Besitz der Vereinigten Staaten übergeben. Über drei weitere Luftschiffe, die sich noch im Bau befänden, stehe ein Abkommen bevor, durch das sie für Handelszwecke nutzbar gemacht werden würden. Auf die weitere Frage, warum „Z 71“ noch nicht ausgeliefert sei, erwiderte Churchill: „Wir sind nicht unbedarbt über die Art, in der die Deutschen ihre Verpflichtungen erfüllen.“

• **Rußlands abschreckendes Beispiel.** Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Rußland besucht hat, ist zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abordnung, Ben Turner, sagte in einem Interview, in Rußland herrsche viel Uneinigkeit zwischen dem flachen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für die Lebensmittel keine Kaufsmittel bieten könnten. Turner gab zu, daß in Rußland ein roter Terror geherrscht habe, aber lediglich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundgedanke einer Regierung für ein demokratisches Land wie England nichts taue. Es liege sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigen die menschliche Natur nicht, und so viel Schönes der Kommunismus in vielen Beziehungen auch einschleße, so könne er erst in einigen Generationen verwirklicht werden. Der Delegation ist aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß Arbeitsniederlegung nicht gestattet wird.